

Danziger Zeitung.

№ 17351.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Posen, 27. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die Werkstätte für die Wagenreparatur der oberschlesischen Eisenbahn in Posen ist in der letzten Nacht total niedergebrannt. Fünfzig Eisenbahnwagen und vieles Material ist mitverbrannt. Der Schaden ist enorm. Zahlreiche Arbeiter sind durch den Brand beschäftigungslos geworden.

Paris, 27. Oktober. (W. L.) Bei einer gestern Abend im Wagramsaale stattgehabten Versammlung des Revisionistenbundes kam es wegen der Frage des Vorstizes zwischen den Boulangeristen und Antiboulangeristen zu heftigen Thätlichkeiten. Letztere suchten die Tribüne zu erfürmen, worauf sich Cullier befand. In dem dabei entstandenen Handgemenge schoß Cullier mit einem Revolver, wurde aber herabgerissen und mit Stöcken und Messern mißhandelt. Die Ruhe wurde erst nach dem Absperren des Gaslichts hergestellt. Nach der Angabe der Morgenblätter wurden 20 Personen dabei verundet.

Nizza, 27. Okt. (W. L.) Die „Agence Havas“ meldet: Der Deutsche Allan, wegen Spionage angeklagt, ist zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe und 5000 Francs Geldbuße verurtheilt worden. Ferner wurde ihm auf 6 Jahre der Aufenthalt in Frankreich verboten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Oktober.

Die afrikanische Sklavenfrage.

Die noch etwas unklare Wendung, mit welcher der „Reichsanzeiger“ gestern die Consularberichte aus Senegal als Beweis dafür anführte, daß die Gegner Deutschlands in Ostafrika die arabischen Sklavenhändler seien, hat durch weitere officiöse Erklärungen einen in hohem Grade überraschenden Commentar erhalten. Darnach tritt die deutsche Colonialpolitik — ob für's erste nur vorläufig oder endgiltig — in den Hintergrund, während die afrikanische Sklavenfrage mit einem energischen Ruck in den Vordergrund geschoben wird, zugleich aber die Lösung derselben für die Aufgabe aller civilisirten Nationen erklärt wird, welche Interessen in Ostafrika haben, zu denen natürlich in erster Linie England gehört. Der Sinnweis auf die Interessen der civilisirten Nationen in Ostafrika, welche durch die arabischen Sklavenhändler in Frage gestellt seien, könnte zu der Annahme führen, daß durch die doch zweifellos militärische Action gegen die Gräuel des Sklavenhandels freie Bahn für eine erfolgreichere Colonialpolitik geschaffen werden soll, ohne daß die Erwerbung ostafrikanischen Gebiets als unmittelbares Ziel der Colonialpolitik erschiene. Gleichzeitig werden auch für diese die großen Culturwerke als in erster Linie maßgebend bezeichnet.

Damit tritt die Colonialpolitik, wenn man sich der Erörterungen des Jahres 1884 gelegentlich der Postkammervorlage erinnert, in eine ganz neue Phase. Damals sollte die deutsche Schutzflagge dem deutschen Handel folgen, während jetzt die Bekämpfung des Sklavenhandels im Interesse der Humanität und Eeftigung dem deutschen Unternehmungsgeliste den Zugang nach dem inneren Ostafrika eröffnen soll.

Im Grunde wird es sich bei der Ausführung des großartigen Plans in der Hauptfache um eine internationale europäische Expedition in großem Stille handeln. Die Congo-Regierung hat sich, wie aus Brüssel gemeldet wird, schon jetzt bereit erklärt, an dem Unternehmen Theil zu nehmen. Die Verhandlungen mit England sollen einen befriedigenden Verlauf nehmen; indessen liegen directe Meldungen aus London noch nicht vor und die Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ scheint anzudeuten, daß dort noch keine Entscheidung getroffen ist. Inzwischen benutzt die „N. A. Z.“ das soeben veröffentlichte Schreiben des Papstes an den Cardinal Lavigerie, der die Initiative zur Bekämpfung des Sklavenhandels ergriffen hat, um die Autorität des Papstes für das gesammte Unternehmen zu verwerthen und gleichzeitig dem Papste, der gewissermaßen als Führer Europas in diesem civil-

isatorischen Werke dargestellt wird, eine Entschädigung zu bieten für die peinlichen Erfahrungen, welche er gelegentlich des Besuches des Kaisers Wilhelm gemacht hat. Freilich in den Mitteln, mit denen Cardinal Lavigerie und Papst Leo XIII. den Sklavenhandel, diese Schmach des Jahrhunderts, bekämpfen wollen, und den Mitteln, mit deren Hilfe die „civilisirten Nationen“ diese Aufgabe lösen wollen, dürfte ein sehr erheblicher Unterschied bestehen. In seinem Schreiben an den Cardinal überweist, wie erwähnt, der Papst demselben 300 000 Francs zur Vertheilung an die Anstalten des Comités zur Abschaffung der Sklaverei. Eine Bekämpfung der Sklaverei mit Waffen, die nicht nur für die Sklavenhändler, sondern auch für die Sklaven selbst vernichtend wirken, dürfte wenig nach dem Geschmack des Oberhauptes der katholischen Kirche sein.

Ein Räthsel.

Im Wahlkreise Teltow - Beeskow - Storkow-Stadtkreis Charlottenburg war, wie ein vor wenigen Tagen veröffentlichter Wahlauftrag ergab, zwischen den Nationalliberalen und den Freisinnigen eine Verständigung dahin erzielt worden, daß den conservativen Candidaten Dr. Cremer und Rechtsanwalt Wolff ein nationalliberaler und ein freisinniger gegenübergestellt werde, und zwar in den Personen des Deconomieraths Neuhauf zu Selchow und des Genossenschafts-Anwalts Schend. Der Compromiß wurde im conservativen Lager mit einem Schrei der Entrüstung aufgenommen. Obgleich die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses kurz vor Schluß der letzten Session ausdrücklich beschloß, ein Cartell mit den Conservativen abzulehnen und jedem Wahlkreise die weiteren Beschlüsse zu überlassen, trat nunmehr das Central-Comité der nationalliberalen Partei in Action, um den von den Parteioffenen mit den Freisinnigen abgeschlossenen Compromiß zu desavouiren. Darauf soll Deconomierath Neuhauf den Wunsch ausgesprochen haben, seine Candidatur, und Herr Kiepert - Marienfelde, seine Unterschrift unter dem Wahlauftrag zurückzuziehen. Das conservative „Neue Charlottenburger Intelligenzblatt“ hat die Unversöhnlichkeit zu behaupten, daß die Candidatur des Herrn Neuhauf zu Selchow ohne dessen Willen und Willen aufgestellt worden sei und daß Herr Neuhauf die Erklärung abgegeben habe, diese Candidatur nicht annehmen zu wollen. Damit soll der Rückzug gedeckt werden. Die Thatfache, daß in jenem Wahlkreise ein nationalliberal-freisinniges Wahlbündniß abgeschlossen und dann auf auswärtige Veranlassung hin rückgängig gemacht worden ist, wird selbst von nationalliberalen Blättern zugegeben. Man verlangt also von den Nationalliberalen, daß sie aus taktischen oder wir wissen nicht aus welchen Gründen für die conservativen Candidaten stimmen, von denen der eine, Rechtsanwalt Wolff, auf demselben Standpunkt steht, wie Hr. Stöcker. Was Hr. Cremer anbelangt, so ist wohl über ihn nichts Besonderes zu sagen nöthig. Gegen solche Politik muß jeder Liberale Front machen. Daß der „Nordd. Allg. Ztg.“ dieses Verhalten der ehemals secessionistischen Mitglieder der freisinnigen Partei und Presse unangenehm ist, das versteht man schon. Nur darin irt sich das edle Blatt, wenn es behauptet, die früheren Secessionisten und ihre Presse hätten ihre Specialaufgabe darin, „die nationalliberale Partei mit ehrenrührigen und verdächtigen Vorwürfen zu verfolgen“.

Eine Erklärung des Comités, welche gestern veröffentlicht ist, theilt mit, daß die Gültigkeit des Wahlbündnisses keineswegs von der Person des Candidaten abhängig sei. Wenn Herr Neuhauf die Candidatur nicht annehme, so werde man einen anderen nationalliberalen Candidaten finden. Die Unterschrift des Herrn Kiepert ist unter dem Wahlauftrag geblieben, da derselbe bereits versandt war, außerdem von Herrn Kiepert dem Comité eine Erklärung bezüglich der Zurückziehung seiner Unterschrift bisher nicht zugegangen war. Außerdem ist der Aufruf noch von anderen angesehenen Nationalliberalen, u. a. Stadtrath Marggraf - Lichterfelde, Oberbürgermeister a. D. Weber-Steglich etc. unterzeichnet, auch von dem früheren General-Secretär Dr. Jerusalem. Die Intervention des nationalliberalen Central-Wahlcomités wird wahr-

viel werth sein, als die neuen Lustspiele, die in den letzten Jahren das Licht der Lampen erblickt haben.

Die Idee, welche dem Verfasser der gestrigen Neuigkeit vorgeschwebt hat, ist so übel nicht. Daß unter den Schwächen der Gesellschaft, die der Lustspielichter zu verspotten berufen ist, auch die, sich mit fremden Federn zu schmücken, eine Rolle spielt, ist nicht zu leugnen. Der Verfasser liefert selbst dazu ein frappantes Beispiel, ja er bestätigt sogar die weitere Erfahrung, daß, wenn man dem fremden Vogel eine Feder ausreißt, um den Glanz seines eigenen Gefieders damit zu erhöhen, bei dieser Operation das eroberte und verpflanzte Schmuckstück leicht beschädigt wird. So erscheint hier der edle Pianist Bogumil Krasinski, eine Perle in Blumenthals „Probepfeil“, als Componist Pietro Caserta wieder, aber leider, in wie „ramponierter“ Gestalt! Viel Neues darf man in diesem Stück überhaupt nicht erwarten. Sogar die vielbenutzte kleinstädtische Glückwunschk-Deputation, deren Redner stehen bleibt, verschmäht der Verfasser nicht. Wirklich neu ist nur die Zubereitung, die Herr Schönfeld seinen Stoffen gegeben hat, und da er selbst Schauspieler ist, so kann man nicht leugnen, daß ihm manche Scene und mancher Miß in

scheinlich nicht das Resultat haben, daß das Wahlbündniß rückgängig gemacht wird. Es sollte gestern in Steglitz eine Urwählerversammlung stattfinden, in welcher eine Aufklärung des Räthfels herbeigeführt wird. Daß die Sache große Ueberaschung hervorgerufen und vielfach besprochen wird — in welchem Sinne, kann man sich denken — ist erklärlich. Uebrigens liegen bereits zahlreiche Erklärungen von Nationalliberalen vor, welche dahin gehen, daß sie für die conservativen Candidaten nicht stimmen werden. Auch der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Pary, der in Schönberg wohnt (früher Cantrath in Marienburg in Westpr.), wirkt nach wie vor im Sinne der Aufrechterhaltung des Wahlbündnisses.

Mit der Frage der Steuerreform

beschäftigt sich ausführlich die „Nordd. Allg. Ztg.“ an der Hand einer Brochüre des Notars Henrich, welche das officiöse Blatt den Landtagswählern zur Beherzigung empfiehlt. Der Verfasser verlangt Aufhebung der gesammten Klassensteuer event. Ermäßigung der fünf untersten Stufen der klassificirten Einkommensteuer, eine weitere Progression der höheren Einkommen und eine alle Einkommen umfassende Steuereinköpfung auf Grund der Selbstneinschätzung. Alle diese Dinge hören wir jetzt schon so lange. Bisher ist das Resultat aller sogenannten „Reformen“ eine bedeutende Steuererhöhung gewesen. Wenn man sich zu wirklichen Ermäßigungen der directen Steuern verstehen will — das ist leicht zu haben.

Römische Rückwirkungen.

Man wird sich schwerlich irren, wenn man annimmt, daß eine Rückwirkung der Stimmungen in Rom sich bereits in Deutschland fühlbar macht. Die Führer der Centrumpartei beginnen von neuem mit einer Schärfe ihre Forderungen zu betonen, wie man das seit einiger Zeit zu hören nicht mehr gewohnt war; und nicht nur Herr Windthorst läßt sich in diesen Tönen vernehmen, sondern auch Herr v. Schorlemer-Alst, der dem bösen Welschführer bisher immer als ein nachahmenswerthes Beispiel von den officiösen Spiegeln vor Augen gestellt wurde. Dazu kommt, daß eine Reihe Bischöfe Hirtenbriefe erlassen haben, in denen die katholische Herde ermahnt wird, bei den Wahlen zum preussischen Landtage ihre Schuldbigkeit im Sinne des römischen Papstthums zu thun. Das sind kleine Zeichen, die aber doch bemerkt zu werden verdienen; sie erscheinen fast wie jene winzigen Sturmwolken, die am Horizont mornend aufziehen und die ein Ungeheuer verkünden können, die aber ein kräftiger Windhauch auch wieder verwehen kann.

Man hat, bemerkt dazu die „Nation“, nicht nöthig, unmittelbar an einen Sturm zu glauben, und man wird diese Erscheinungen doch sehr beachtenswerth finden. Sie zeigen, daß jene Theorie völlig hinfällig ist, die Fürst Bismarck aufgestellt hat, und nach welcher der Culturkampf nie etwas anderes als ein vorübergehendes Mittel der Abwehr gegen die persönlichen, herrschsüchtigen Bestrebungen Pius IX. gewesen sein soll. Heute zeigt sich wenigstens die Möglichkeit, die übrigens kein Kenner des Katholicismus je verkannt haben sollte, daß auch ein Leo XIII. in gleiche Bahnen langsam einzuweichen bereit sein könnte, in denen sein Vorgänger gewandelt ist.

Die Culturkampfsgehegung, die das deutsche Volk zur Zeit sehr ernst genommen hat und deren wesentliche Bestandtheile Fürst Bismarck dann später bei geeigneter Veranlassung für ettel Stück und Mauerputz erklärte, dürfte doch noch eine andere als diese nur decorative Bedeutung, die der Reichskanzler ihr nachträglich beilegte, gehabt haben. Man blicke zurück: Wir hatten eine Zeit, wo der Kampf gegen Rom mit den höchsten Aufgaben der modernen Menschheit verknüpft sein sollte; wir hatten dann eine Zeit, wo der Culturkampf als flüchtige, schnell fortgewiesene Episode bezeichnet wurde, an die jede Erinnerung schwinden mußte, sobald ein „friedfertiger“ Papst den Stuhl Petri einnahm. Damals wurden die Culturkampfsgehege beseitigt und der Papst gab unter dem Jubel der Officiösen den deutschen Katholiken Rathschläge, wie sie zu wählen haben; heute ertheilen die Bischöfe im Auftrage des Papstes den Gläubigen wiederum Rathschläge, wie sie zu wählen haben; allein diese

dem Dialog gegliedert sind. Bedenklich ist nur die Fülle der mürenden Zuthaten, unter denen die äußerst magere Handlung des Schwankeks beinahe ganz verschwindet. Es handelt sich um zwei Mißverständnisse, die aber so durchsichtig sind, daß ihre Lösung nur mit Mühe bis zum letzten Akt hingehalten werden kann. Von zwei Schwestern, Thessa und Hedwig, ist die jüngere sehr geküßt, die ältere von ausgelassener Munterkeit; folglich wird die ältere stets für die jüngere gehalten, und wenn nun jemand, ohne einen Namen zu nennen, um die „jüngere“ freit, wird ihm Hedwig zugesprochen, während er Thessa verlangt hat. Man sollte meinen, eine solche Verwechselung müßte sich noch in derselben Scene, in der sie geschieht, auflären, hier aber zieht sie sich durch das ganze Stück. Nicht weniger leicht ist das zweite Mißverständnis zu entwirren. Zwei Theilhaber an einem Patent haben dasselbe, der eine hier, der andere in Australien, lange Zeit ausgeübt, ohne Abrechnung zu halten. Jetzt soll diese Theilhaber, und der europäische Compagnon fürchtet, daß er bei derselben sein ganzes Vermögen würde herausgeben müssen, während er in der That von seinem überseeischen Theilhaber noch eine Million dazu bezahlt erhält. Wie gesagt, die Mißverständnisse sind so durchsichtig, daß der

Fingerzeige werden der Regierung nicht willkommen sein; die Legende von dem „friedfertigen“ Papst ist mindestens erschüttert und die vorausschauende Regierung sieht sich so Möglichkeiten gegenüber, die zum wenigstens unangenehm sind. Das Centrum ist so stark und anscheinend auch so kriegerisch wie je; aber die Regierung besitzt nicht mehr ihre frühere Rüstung; ja nachdem sie einmal dem Papste das Recht zugestanden hat, sich in deutsche Wahlen zu Gunsten der Regierung zu mischen, hat sie auch keinen gesicherten Boden mehr, von dem aus sie eine Einmischung gegen die Regierung sich verbiten könnte. Welche Folgen die augenblicklichen Erscheinungen haben, mag dahingestellt bleiben; aber diese Erscheinungen sind doch sehr geeignet, daran zu mahnen, daß die staatlichen Fundamente, die Fürst Bismarck der Zukunft überliefert, nicht weniger als gesichert sind, und daß thatsächlich unsere lorbeerbehängene Politik weit öfter als gut nur den wechselnden und widersprüchlichen Erfordernissen des flüchtigen Augenblickes zu genügen versucht hat.

Eisenbahnvorlage.

Es ist bereits gemeldet worden, daß die Reichsregierung eine Eisenbahnvorlage in der Weise zu machen gedenkt, daß eine Erweiterung vorhandener Eisenbahnlinien zu strategischen Zwecken durch Anlage doppelter Geleise, anderweiter Befestigungen von Brückenbauten etc. im Interesse der Landesverteidigung erfolgen soll. Die bejünglichen Vorarbeiten sind, wie man uns schreibt, noch nicht abgeschlossen und endgiltige Beschlüsse bezüglich einzelner Bahnen noch vorbehalten. Bekanntlich handelt es sich im wesentlichen um Erleichterung des Verkehrs zwischen der Küste und dem Innern des Reiches, sowie um Ermöglichung schneller Truppenbeförderungen im allgemeinen. — Wie in allen früheren Fällen werden jedenfalls die Mittel für diese Zwecke, sowie für weitere Ausführung des Flotten-Gründungsplanes, also Bauten von Schlachtschiffen etc., im Wege der Anleihe aufgebracht werden.

Die Zarenreise nach Kopenhagen.

Der officiöse „Pol. Corr.“ wird aus Petersburg geschrieben: Gegenüber der in verschiedenen Blättern aufgetauchten Nachricht von einer Absicht des Kaisers Alexander III., sich in der nächsten Zeit zur persönlichen Beglückwünschung des Königs von Dänemark anlässlich des Regierungs-Jubiläums desselben nach Kopenhagen zu begeben, versichert eine uns aus Petersburg zugehende Meldung, daß ein derartiges Reiseproject seitens des Zaren durchaus nicht in's Auge gefaßt sei. Als nicht unmöglich wird es dagegen bezeichnet, daß die Kaiserin sich entschließen könnte, nach Kopenhagen zu reisen, um ihrem königlichen Vater ihre und des Zaren Glückwünsche zu überbringen und mit ihren Schweftern, der Prinzessin von Wales und der Herzogin von Cumberland, die gleichfalls nach der dänischen Hauptstadt kommen sollen, zusammenzutreffen. Aber auch die Reise der Kaiserin gelte, wenn auch die diesbezüglichen Gerüchte sonst gut unterrichteten Kreisen entflammen, nicht als wahrscheinlich.

Wenn aber der Zar nicht nach Kopenhagen reist, wird es jedenfalls auch mit dem für diese Eventualität angekündigten Besuch des Zaren in Berlin um die Mitte des November nichts werden.

Die „Times“ und die Parnelliten.

In der gestern fortgesetzten Verhandlung der Untersuchungs-Commission über die Anschuldigungen der „Times“ gegen Parnell beendete Attorney-General Webster sein Exposé, indem er die Darstellung der historischen Entwicklung der Landliga und der Nationalliga fortsetzte und schließlich eine lange Reihe von Vergehen und Verbrechen aufzählte, für welche er die Verantwortung, wenn nicht die directe Anregung, der Organisation dieser Verbindungen zuschrieb. Webster erklärte, daß die Hauptleiter Parnell, Davitt, Biggar, Harrington, Mathew, Harris, O'Brien und Dillon Kenntniß von den Methoden und den Handlungen der Liga gehabt hätten. Die nächste Sitzung der Commission soll Dienstag, den 30. d., stattfinden. In derselben wird Webster Zeugen namhaft machen.

Zuschauer sehr bald über die Lösung aufgeklärt ist und die Handlung nur künstlich gedehnt wird, um allerlei Unterhaltungsstoff unterzubringen. Der wurde gestern auch vielfach mit Lachen aufgenommen, doch wirkte der Schwanke im ganzen ermüdend und wurde nur durch das frische und muntere Spiel der Vertreter einiger Hauptrollen gehalten. Hierbei ist namentlich das Verdienst des Hrn. Becker (Thessa), die in anmuthiger Lustigkeit ihren Part durchführte, und des Hrn. Stein anzuerkennen, der den jungen Australier mit unverwundlichem Humor spielte. Auch Herr Kleinmecke (Carl Holsten) und in kleineren Partien Herr Mathes (Friedrich Hoffmann) und Frau Staudinger (Agathe) thaten ihre Schuldigkeit. Daß Herr Weidlich aus der Partie des Caserta, die er mit sorgfältiger Charakteristik durchführte, nicht mehr machen konnte, ist nicht seine, sondern des Verfassers Schuld. Herr Greder ist ein junges, vielseitiges Talent. Der verbummelte Componist Hans Rohde war aber noch keine ganz fertige Leistung. Den meißnerischen Dialect, in dem er die Rolle — wohl nach Angabe des Buches — sprach, beherrschte er nicht genügend und wurde daher oft unverständlich.

Stadt-Theater.

* Neu ging gestern in Scene „Mit fremden Federn“, Lustspiel in 4 Akten von Karl Schönfeld. Wenn der Zettel hinzusetzt, daß es Repertoirestück des Berliner Theaters Barnays ist, so ist das nicht ganz richtig. Es ist dort erst vorgestern zum ersten Mal gespielt und hat nach dem Erfolg, den es gehabt, wenig Aussicht, lange auf dem Repertoire zu bleiben. Und auch hier hat es sich ein besseres Schicksal kaum zu versprechen. Die Direction hat in dieser Saison mit den Neuigkeiten wenig Glück gehabt; sie hat es wahrlich an Mühe und Kosten nicht fehlen lassen, wenn sie während der wenigen Wochen Spielzeit 6 Novitäten gebracht hat — darunter eine Operette — von denen keine einen irgendwie den Opfern der Direction entsprechenden Erfolg gehabt hat. Es wird nach diesen Erfahrungen nur zu rathen sein, daß man wieder besseren älteren Stücken seine Aufmerksamkeit zuwendet. Und gerade auf dem Gebiete des Lustspiels sind viele Sachen, die man über dem, was sich eben als „neu“ ankündigt, mit Unrecht vergessen hat. Unter den Lustspielen von Bauernfeld, Benedix, unter den älteren Stücken von Moser und d'Arronge sind nicht wenige, die jedes zehnmal so

Deutschland.

Berlin, 26. Okt. [Zum Schutze der Wahlfreiheit.] Der Minister des Innern Hr. v. Herrfurth hat, wie die „Freis. Ztg.“ berichtet, in einem besonderen Falle eine Verfügung erlassen, welche bekundet, daß er die Wahlpraxis des Herrn v. Puttkamer nicht fortsetzen wird. In der Gemeinde Neu-Weissen (Kreis Niederbarnim) war bei dem Auslegen der Wählerlisten den einzelnen Wählern nur gestattet, ihren eigenen Namen in der Liste aufzuführen, eine weitere Prüfung der gesamten Liste aber verweigert worden. Der Abg. Parisius hatte dies zum Gegenstand einer Beschwerde an Herrn v. Herrfurth gemacht, welche mit den Anträgen schloß:

1. für den Kreis Niederbarnim bezw. Neu-Weissen schleunigst den betreffenden Beamten ihren Irrthum zu benehmen und

2. durch eine öffentliche Bekanntmachung die Behörden im Lande auf die über die Auslegung der Abtheilungslisten und deren Einsicht durch die Wähler bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und deren Sinn aufmerksam machen zu wollen.

Herr Herrfurth hat darauf Folgendes erwidert:

Ministerium des Innern. Berlin, den 25. Oktbr. 1888. Ein Hochwohlgeborener erwidere ich auf die gefällige Vorstellung vom gestrigen Tage, daß zufolge dieserseits Veranlassung die Abtheilungslisten für die Urwahlbezirke der Gemeinde Neu-Weissen im Kreise Niederbarnim heute und morgen zur allgemeinen Einsicht und Prüfung seitens der Wahlberechtigten ausliegen. Zu der von Ihnen gewünschten Belehrung aller an der Auslegung der Abtheilungslisten beteiligten Behörden über die Bedeutung dieser Maßnahme habe ich mich in Ermangelung vorliegenden Bedürfnisses nicht veranlaßt finden können.

Der Minister des Innern.

Herrfurth.

Die „Freis. Ztg.“ knüpft an diese Mittheilung folgende Bemerkung bezw. Aufforderung: „Daß die Herren Regierungs-Präsidenten und Landräthe zum großen Theil noch in der alten Weise arbeiten, kann nach früheren Erfahrungen nicht befremden. Wir fordern alle Parteigenossen auf, über alle Unregelmäßigkeiten, die bei den Wahlen durch Beamte verschuldet werden, sofort, auch wenn eine Abhilfe in dem einzelnen Falle nicht mehr möglich ist, bei dem Minister Beschwerde zu erheben und dem Centralcomité der freisinnigen Partei davon Kenntniß zu geben.“

Berlin, 26. Okt. Im Reichsamt des Innern haben heute unter dem Vorsitz des Staatssecretärs im Reichsamt des Innern, Staatsministers v. Bötticher, die Verhandlungen wegen Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages begonnen. An den Verhandlungen nehmen Theil außer Herrn v. Bötticher als deutsche Commissare: der Unterstaatssecretär im Reichsamt des Innern Winkl. Geh. Rath Eck, der Geh. Oberregierungs-rath im Handelsministerium Mosler, der Geh. Oberfinanzrath im Finanzministerium Rathjen, der Geh. Oberregierungsath im Reichsamt des Innern Kraut, der Geh. Oberregierungsath im Reichsjustizamt Huber, der Winkl. Geh. Legationsrath im auswärtigen Amt v. Lindensfeld und der kaiserl. Regierungsrath und ständige Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern Besserer; als schweizerische Commissare: der schweizerische Gesandte Dr. Roth, der Landammann Blumer und der Nationalrath Kramer-Fren.

Berlin, 26. Okt. Dem Magistrat ist auf die an die Kaiserin und Königin gerichtete Geburtstags-Glückwunschkarte folgende allerhöchste Antwort zugegangen:

Den Ausdruck der Glückwünsche und der treuen Gesinnung habe ich zu meinem Geburtstage von dem Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin gern entgegen genommen.

Wenn der Rückblick auf das verfloßene Jahr zunächst das Gefühl schmerzlicher Wehmuth von neuem in mir wachruft, so ist es mir ein schönes und tröstliches Bewußtsein, mich darin eins zu wissen mit der gesamten Nation.

Aber neben der Trauer um den Heimgang der großen entschlafenen Monarchen bewegt mich das Gefühl herzlichster Dankbarkeit für so vieles Gute, das mir Gottes Gnade im Laufe des letzten Jahres erhalten und neu geschenkt hat. Dahin rechne ich vor allem die glückliche Heimkehr Seiner Majestät des Kaisers, meines Gemahls, und die an Geist und Körper frische und kräftige Entwicklung meiner Söhne. Die guten Wünsche des Magistrats für das Gedeihen derselben haben mich besonders angenehm berührt.

Nicht unerlassen will ich, den Magistrat meines lebhaften Interesses für die Stadt Berlin, zumal für die mannigfachen Anstalten und Werke barmherziger Nächstenliebe zu versichern. Es wird mich nach wie vor erfreuen, denselben meine Fürsorge und Theilnahme zuzuwenden zu können.

Potsdam, den 22. Oktober 1888.

(gez.) Victoria,
Kaiserin und Königin.

Prinz Friedrich Karl und Steinmeß. Von einem ehemaligen preussischen Offizier, der die Scene als Augenzeuge beobachtet, wird der „Meis. Ztg.“ folgende verhängnisvolle Begegnung mitgetheilt: Das Hauptquartier der dritten Armee unter Prinz Friedrich Karl befand sich 1870 in Corny-Novant. Bekanntlich herrschte zwischen den beiden Ober-Commandirenden, dem Prinzen und General Steinmeß, eine gewisse Spannung, so daß letzterer durch seine verkehrte Rücksichtslosigkeit bereits mehrere Male die Canamuth des Prinzen herausgefordert hatte. Das Observatorium auf dem Mont Blaise war in den Nachmittagsstunden der Sammelplatz der Generalstabsoffiziere; jede Bewegung des Feindes wurde hier wahrgenommen und sofort durch den Telegraph nach dem Hauptquartier gemeldet. Unvergesslich ist mir der wundervolle Anblick über das lachende Moseltal mit seinen Wiesen und Wäldern in herblich-goldener Färbung, durchzogen von dem breiten Silberbänke der Mosel, drüben bei Joux die hühen Bogen der alten römischen Wasserleitung, links die gewaltige Feste, der Mont St. Quentin, vor mir die Stadt mit der herrlichen Domkuppel, die Festungs- werke mit den Lagerzisten und dem ameisartigen Getriebe der französischen Truppen; auf beiden Seiten in weiter Umarmung unsere Vorpostenlinie — dies alles bot dem Auge eine Weib von unvergleichlicher Schönheit. Als eines schönen Nachmittags Prinz Friedrich Karl das Observatorium besuchte, gewahrte man auch den General Steinmeß, wie er sich offenbar in der gleichen Abicht näherte; kaum war derselbe jedoch am Fuße des Berges angelangt und hatte auf sein Befragen von einem Offizier erfahren, daß der Prinz oben sei, als er kurz kehrt machte und wieder zurückkehrte. Am folgenden Nachmittage tritt der Prinz mit seinem Stabe auf der Chaussee, die von Corny nach Metz führt; von der entgegengesetzten Richtung von Joux kommt der alte Steinmeß mit seinem Gefolge und muß, da kein anderer Weg vorhanden, unbedingt dem Prinzen begegnen. Doch ungefähr noch 200 Schritte vom Prinzen entfernt, biegt Steinmeß plötzlich rechts ab und reitet mit abgewandtem Gesicht quer selbst, in weitem Bogen dem Prinzen ausweichend, und nachher wieder auf die Chaussee zurück. Das Erschauen der den Prinzen begleitenden Offiziere war nicht gering — sogar der Adjutant des Prinzen, Major v. B., wandte sich an denselben mit der Frage: Wollen königliche Hoheit nicht die Meldung von Gr. Excellenz (Steinmeß) befehlen? Nein, ich danke, lassen Sie nur, erwiderte Prinz Friedrich Karl — aber ich werde heute noch die Sache an Se. Majestät den König melden. Daß dies ge-

sehen, bewies die bald darauf erfolgte Abmeldung Steinmeß's.

Die Wahl in Nordhausen. [Schreibt die „Nordhäuser Ztg.“: „In der conservativen Wahlversammlung, welche am Sonntag abgehalten wurde, und zu welcher auch die Nationalliberalen eingeladen waren, empfahl Herr Prof. Arenzlin „in Uebereinstimmung mit einer Anzahl Freunde“, mit den Conservativen zusammenzugehen. Dem gegenüber wird uns von einem Vorstandsmitglied der hiesigen Nationalliberalen mitgetheilt, daß der Vorstand der Nationalliberalen ein derartiges Vorgehen nicht billige, daß vielmehr der größte Theil der Nationalliberalen durchaus nicht geneigt sei, für den conservativen Kandidaten zu stimmen. Letzteres ist nach den Leistungen der Conservativen im Reichstag und Landtag, die sich besonders auch bei uns in Stadt und Land in so empfindlicher Weise geltend machen, nur natürlich.“

Antisemitenhader. Auch die Antisemiten haben sich wegen der Beilegung an den Landtagswahlen in zwei Lager gespalten. Nachdem sich am Mittwoch Abend die Führer des D. A. B. in einer antisemitischen Wähler- versammlung im „Altes“ Saale in Moabit für eine Unterstützung Göckers im 3. Berliner Wahlkreise ausgesprochen hatten, hielten es die Anhänger Böckels, von der reinsten antisemitischen Observanz, für geboten, zu gestern Abend eine öffentliche antisemitische Volks- versammlung nach dem Saale der Böhmen'schen Brauerei vor dem Prenzlauer Thor einzuberufen, um in derselben die Frage: „Wen wählen die Antisemiten Berlins?“ zum Austrag zu bringen. Die Versammlung nahm einen so stürmischen Verlauf, daß der über- machende Polizeileutnant mehrmals mit der Auflösung derselben drohte. Die „Böckelianer“ Böckel und Blavier kündigten in aller Form, deren eine reine antisemitische Seele nur fähig ist, der conservativen Partei und Herrn Göcker die Gefolgschaft. Herr Böckel meinte: „Dieser Gesellschaft conservativer Judenrechte bei ihrer diesmaligen Stimmabgabe noch einen Beitrag entrichten zu wollen, hiesse sich entehren.“ Herr Blavier rechnete mit dem hochpreisigen Göcker, seinem einstigen Lehrer und Vor- kämpfer, recht fertig ab: Herr Göcker, so sagte er, sei niemals Antisemit gewesen; er wolle die Juden nur „veredeln“, deshalb habe seine Frau auch ihre Einkäufe bei Juden (Victor Manheimer) gemacht. (Furcht- baren Lärm und Widerspruch.) Blavier: Das ist eine Thatfache, die ich beweisen kann. Göcker hat bis heute nicht widerrufen und er hätte das thun müssen, wenn die Angriffe nicht wahr waren. (Pfeil Juden- knecht! Erbärmlich!) Bei allen entscheidenden Abstimmungen, und wo es galt, im Reichstage gegen das Judenthum aufzutreten, habe Göcker gefehlt. Sein intimster Kampfgenosse sei jetzt der Oberverwaltungs- gerichtsrath Gahn, der Bruder des bekannten „Pfeijuden Gahn“. (Erneuter Lärm. Ruf: Das ist 'ne „Cte.“) Meinetwegen nennen Sie es und uns wie Sie wollen. Sie sind ja doch nur conservative Judenrechte! (Stürmische Entrüstung auf der einen, unbändige Heiterkeit auf der anderen Seite.) Nach langer Discussion, in welcher Anhänger des Herrn Göcker mehrfach zum Wort kamen, versuchte es gegen Müllernath Herr Blavier, eine Erklärung zur Annahme zu bringen, welche den Antisemiten Wahlenthaltung empfiehlt. Die Abstimmung wurde aber durch wüsten Lärm der Göckerianer verhindert, die sich freilich in der Minderzahl befanden. Fortwährende Hochrufe auf Göcker beantworteten die „reinen“ Antisemiten mit Hochrufen auf Böckel. Der Wirth des Lokals machte dem Lärmen endlich dadurch ein Ende, daß er das elektrische Licht ausgehen ließ und so die Gesellschaft zum Auseinandergehen zwang.

Die Stutgarter Hof-Spiritistengeschichte. wird immer interessanter. Bezüglich der Erwähnung Woodcocks unter dem Adelstitel „Freiherr von Savage“ im Stutgarter Hofbericht bemerkt der dortige demokratische „Beobachter“: Diese unartige Form der Einführung des neuen Geistesmannes sei gewährt worden, weil der leitende Staatsmann seine Entlassung angeboten habe, falls diese Ständeserhöhung im amtlichen Theil des „Staatsanzeigers“ erscheine. Der „Beobachter“ will ferner wissen, die politische Beschlagnahme der Nr. 488 der Münchener „Neuesten Nachrichten“ sei gerichtlich bestätigt worden. Ueber den betreffenden Artikel selbst schweigen noch immer die württembergischen Blätter.

Aus Rom berichtet der „Hamb. Correspond.“: Nach heutiger besser Information sind die künftigen Begehungen Deutschlands zum Vatican unsicher. Ein höherer Geistlicher versicherte, Herr v. Schlözer habe den Papst seit dem Kaiserbesuche nicht gesehen.

Österreich-Ungarn.

Hermannstadt, 25. Oktober. Der orthodoxe rumänische Kirchencongreg hat beschlossen, an den Kaiser aus Anlaß seines Regierungsjubiläums eine Subsidiumsdeputation abzusenden.

England.

London, 26. Oktbr. Die Besitzer der Kohlen- gruben zu Oldham und Ashton willigten in die von den Kohlengrubenarbeitern geforderte Lohn- erhöhung von 10 Proc. Die Zahl der Arbeiter in diesen Gruben beträgt 3000 bis 4000.

Amerika.

New-York, 24. Oktbr. In Jacksonville kamen während der letzten 24 Stunden 33 neue Erkrankungen und ein Todesfall am gelben Fieber vor. Seit dem Ausbruch der Seuche sind 3872 Erkrankungen und 338 Todesfälle zu verzeichnen.

Danzig, 27. Oktober.

Wetterausichten für Sonntag, 28. Oktober, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Früh empfindlich kalt; veränderlich wolzig, dabei Sonnenschein und heiter, in der Sonne ziemlich warm, im Schatten unangenehm kühl bei mäßigen bis frischen und starken Winden. Strich- weise etwas Niederschlag. Nachts sehr kalt, vieler- mals Frost und Reif. Für die See Sturm- warnung.

Am 28. Oktober: G.-A. 6.54, G.-U. 4.33; M.-A. 11.4, M.-U. 2.13. (Cektes Viertel.)

Die Wahl am 30. Oktober. Auf nächsten Dienstag sind die Wähler zur Ausübung eines wichtigen staatsbürgerlichen Rechtes berufen worden. Sie sollen durch ihre Stimmabgabe über die Zusammensetzung der preussischen Volks- vertretung und damit zu einem sehr wesentlichen Theile über den Gang der Gesetzgebung und Verwaltung im preussischen Staat für die nächsten fünf Jahre entscheiden. Dieses Recht legt denken den Bürgern aber auch die Pflicht auf, am Wahltag zu erscheinen und ihrer Ueber- zeugung gemäß die Stimme abzugeben. Die häufig auftretende Besorgniß, daß jemand von der freien Ausübung seines Stimmrechts Nach- theil zu erwarten habe, ist meistens wohl eine unbegründete. Selbst es doch in dem Allerhöchsten Erlaß vom 4. Januar 1882 ausdrücklich: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wähler zu bein- trächtigen.“ Freilich muß der Wähler, welcher am nächsten Dienstag gewissenhaft seiner Staats- bürgerpflicht genügen will, 1/2—1 Stunde opfern. Er kann sich nicht, wie bei der Reichstagswahl,

die Zeit der Stimmabgabe wählen, sondern muß sich, namentlich wenn er zur dritten Wähler- abtheilung gehört, um 9 Uhr Morgens im Wahl- lokale seines Urwahlbezirks einfinden, da die Wähler auf Grund der Wahlliste, und zwar mit der dritten Abtheilung beginnend, zur Stimmabgabe aufgerufen werden. Sobald dieser Aufruf beendet ist, wird auch die Abstimmung der be- treffenden Abtheilung geschlossen. Wer bis zu diesem Augenblicke also nicht anwesend ist, kann an der Wahl nicht Theil nehmen. Ebenso ist es wichtig, daß die Wähler sich aus dem Wahl- lokal nicht eher entfernen, bis der Wahlvorsteher das Resultat verkündet und den Wahlakt der be- treffenden Abtheilung für geschlossen erklärt hat, weil nicht selten die eine oder andere Abtheilung eine engere Wahl vorzunehmen hat, die sofort nach der ersten Abstimmung vollzogen werden muß. In der Stadt Danzig, welche in 77 Urwahl- bezirke eingetheilt ist, kann jeder Wähler sein Wahllokal mit Leichtigkeit aus dem vom Magistrat als Beilage zu den Zeitungen veröffentlichten Tableau ersehen. Auch enthalten die von dem liberalen Wahl-Comité den Wählern zugehenden gedruckten Wahlzettel die Angaben über Wahl- bezirk, Wahllokal und Abtheilung, zu welcher jeder Wähler gehört.

Urwähler ist jeder über 24 Jahre alte Preuße, welcher nicht die bürgerlichen Ehrenrechte ver- loren hat und keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bezieht, in der Gemeinde, in welcher er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Auch steuerfreie Personen sind, wenn sie sonst den vorstehenden Anforderungen ent- sprechen, wahlberechtigt. Nur bei activen Militärs ruht das Wahlrecht. Bedingung für seine Aus- übung ist überall, daß der Wähler in der Wahl- liste verzeichnet steht. Wer sich nicht in der Liste befindet, kann auch nicht zur Wahl zugelassen werden. Für Danzig ist noch besonders zu be- achten, daß die Wahllisten vor dem Oktober- umzuge angefertigt sind, so daß diese Umzüge darin nicht berücksichtigt werden konnten. Die Wähler gehören also zu denjenigen Wahlbezirken, in welchen sie vor dem 1. Oktober d. J. ge- wohnt haben. Diejenigen, welche neuerdings umgezogen sind, werden in vielen Fällen die liberalen Wahlzettel nicht direct zugesandt erhalten können, weil ihre jetzigen Wohnungen häufig nicht bekannt sind. Durch Anfrage im Wahl- bureau Hundegasse 39 (portree) oder durch Rücksprache mit anderen Wählern des Bezirks, in welchem sie vor dem 1. Oktober wohnten, werden sie aber leicht die ihnen vorgeschlagenen Wahl- männer - Candidaten erfahren können. In den Wahllokalen selbst sind laut Gesetz keinerlei Dis- cussionen zulässig, auch dürfen nur Wähler des betreffenden Bezirks sich in denselben aufhalten.

Zu Wahlmännern dürfen nur Urwähler des eigenen Wahlbezirks gewählt werden; aus welcher Abtheilung, ist gleichgültig. Die dritte Abtheilung kann z. B. ihre Wahlmänner ebenso gut aus der ersten und zweiten, wie diese beiden aus der dritten Abtheilung entnehmen. Ungültig sind aber alle Stimmen, welche auf Personen fallen, die entweder garnicht oder in dem betreffenden Wahlbezirk nicht wahlberechtigt sind. Ueber die Ungültigkeit der einzelnen Stimmen hat der Wahl- vorstand sofort oder bei Feststellung des Resultats zu entscheiden. Die zu Wahlmännern Gewählten müssen sich, wenn sie anwesend sind, sogleich über die Annahme oder Ablehnung der Wahl erklären. Bei Ablehnung hat die betreffende Abtheilung sofort eine Nachwahl zu vollziehen.

Schließlich sei noch auf einen bei früheren Wahlen oft vorgekommenen Verstoß gegen das Wahlreglement hingewiesen, der darin besteht, daß zu früh das Loos gezogen wird. Die Ent- scheidung durch das Loos tritt erst nach reiflicher gebliebener engerer Wahl ein. Wenn also zum Bei- spiel aus einer Abtheilung, die zwei Wahlmänner zu wählen hat, nur zwei Wähler erscheinen, die ihre Stimmen auf vier verschiedene Candidaten abgeben, so müssen, wenngleich die engere Wahl dasselbe Resultat in Aussicht stellt, die vier Candidaten doch zunächst zur engeren Wahl ge- stellt werden und erst nach dieser darf das Loos entschieden. Die Unterlassung der engeren Wahl in solchen Fällen hat fast immer die spätere Ratification der betreffenden Abtheilungswahl zur Folge.

Conservative Wahlmännerliste. Die con- servative Partei hat nun für die am Dienstag stattfindende Urwahl auch ihre Candidatenliste aufgestellt. Mehrfach macht sie für die 1. und 2. Abtheilung keine Vorschläge, daher kommt es, daß sie für die 436 Wahlmännerwahlenden der Stadt Danzig nur ca. 350 Candidaten präsentiert. Unter diesen befinden sich aber, wie eine flüchtige Zählung ergibt, nicht weniger als 186 Beamte, d. h. mehr als die Hälfte sämtlicher Can- didaten, darunter nicht weniger als 36 Re- gierungs-, 32 Polizei-, 36 Militärbeamte, 29 Beamte der Eisenbahn- und Postver- waltung. Daß darunter mancher ist, dessen Wünschen nichts ferner liegt, als Bannerträger der hiesigen Conservativen zu sein, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Die meisten Candidaten sind wohl aufgestellt, ohne befragt worden zu sein, und so ist es auch nicht wunderbar und braucht niemand zu beunruhigen, daß einzelne von der freisinnigen Partei empfohlene Wahl- männer-Candidaten auch auf der conservativen Vorschlagsliste figuriren.

Kreistag. Unter dem Vorstehe des Herrn Landrath v. Gramatzki fand heute Nachmittag der fünfte Kreistag des Kreises Danziger Nieder- rung statt. Vor Eröffnung der Tagesordnung stellte der Herr Vorsitzende den Antrag, für die Verhandlungen des Kreistages die Öffentlichkeit auszusprechen, und motivirte diesen Antrag da- mit, daß die Verhandlungen über die Ausein- andersehung der beiden Kreise sich nicht für die Öffentlichkeit eigneten. Der Kreistag beschloß, dem Antrage Folge zu geben.

Von der Weichsel. Plehnendorf, 27. Oktbr. Heutiger Wasserstand am Oberpegel 3.66, am Unter- pegel 3.64 Meter.

Controlversammlungen. Für den Kreis Danziger Höhe werden die Herbst-Controlversammlungen der Reserve- und Landwehrmannschaften am 12. Novbr. in Oliva und Rokoschitz, 13. Novbr. in Bankau und Gr. Kleßkau, 14. Novbr. in Prauß und 15. Novbr. in Danzig (Gierzykhaus) stattfinden.

Diejenigen Ersatz-Reservisten, welche im Jahre 1883 der Ersatzreserve 1. Klasse ohne Uebung über- wiesen wurden und nach den bisherigen Bestimmungen — sofern sie sich nicht der Controle entziehen haben — am 1. Oktober d. J. zur Ersatzreserve 2. Klasse über- treten würden, werden auch nach dem neuen Ge- setz vom 11. Februar d. J. zu demselben Zeitpunkt zum Landsturm 1. Aufgebots übergeführt. Es haben die- selben sich bei ihrem Bezirksfeldwebel behufs Vervoll- ständigung ihrer Ersatzreserve-Pässe baldigst zu melden.

Besteuerung der Gnadenbezüge. Vom Finanz- minister ist bestimmt worden, daß fortan bei der Ver- anlagung der Hinterbliebenen von unmittelbaren Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrern zur Klassen- bezw. klassificirten Einkommensteuer die Gnadenbezüge insoweit außer Anrechnung bleiben, als dieselben — einschließend des Sterbemonats oder Sterbequartals — für die Hinterbliebenen der im Amte Verstorbenen einen viertelmonatlichen, für die Hinterbliebenen der Pensionäre oder Emeriten einen zweimonatlichen Betrag der Bezüge des Verstorbenen nicht übersteigen. Bei Gnadenbezügen, welche hierüber hinausgehen, ist diese Bestimmung in der Weise auszuführen, daß von dem Gesamtwerthe des Gnadenbezuges als steuerfrei ein Betrag abgerechnet wird, welcher dem dritten Theile des zuletzt veranlagt gewesenen amtlichen Jahreseinkommens, bezw. dem sechsten Theile des zuletzt veranlagt gewesenen Ruhe- (Emeriten-) Gehaltes des Verstorbenen gleichkommt.

Personalien. Der Rechtsanwält R. A. in Marien- burg ist zum Notar und Referendarius Michalowsky in Löbau zum Gerichtsassessor ernannt, der Amtsrath Bräse in Zempelburg nach Clemenwerda, der Gerichts- Assessor Senger an das Amtsgericht in Mewe ver- setzt. Der Hauptamts-Assistent Nordmann in Neu- fahrwasser ist zum Obercontrol-Assistenten in Mewe er- nannt. Versetzt sind: der Ober-Grenz-Controlleur v. Mir- bach in Püßig als Ober-Steuer-Controlleur nach Flatow, der Steuer-Einnehmer I. Klasse Senger in Neustadt und der Hauptamtsassistent Tschaff in Strasburg als Hauptamtsassistenten der Zuckerfeuerstellen nach Kulm- see bezw. Thorn.

Personalien beim Militär. Der Secondelieut. Gerh. v. d. 4. offiz. Gren.-Regt. Nr. 5 ist zum Premier-Lieut. im Inf.-Regt. Nr. 137, der Major z. D. v. Stieglitz vom 4. offiz. Gren.-Regt. Nr. 5 zum Landwehrbezirks-Commandeur in Celle, der Hauptmann Reinhold, Vorstand des Artillerie-Depots in Graudenz, zum Major, die Vicefeldwebels Jork, Jacobi, Schö- nieke, Seeliger (Infanterie), die Vice-Wachmeister Plehn und v. Senger (Cavallerie), die Vicefeldwebels Prehll, v. Tadden, Krüger und Reuter (weissr. Feldartillerie-Regt. Nr. 16), Kirich (Pionier-Bat.) sind zu Secunde-Lieutenants im Danziger Landwehrbataillon ernannt. Premier-Lieut. Abich ist unter Befassung in seinem Commando als Adjutant bei der Commandantur in Danzig à la suite des Inf.-Regts. Nr. 62 gestellt. Prem.-Lieut. Frhr. v. Arane, bisher Adjutant bei der 2. Cavallerie-Brigade hierseits, in das weisfälische Kürassier-Regt. Nr. 4 versetzt, Hauptmann Müller vom Gren.-Regt. Nr. 5 zum Nebenetat des großen Generallieutenants commandirt, Hauptmann Albert vom Füsilier-Regt. Nr. 35 als Compagniechef in das Gren.- Regt. Nr. 5 versetzt, Vicefeldwebel Blindow vom Berliner Landwehr-Bezirkscommando zum Secunde- Lieutenants der Reserve des Gren.-Regts. Nr. 5 er- nannt; Secunde-Lieuten. Hohnhorst vom 128. Inf.- Regim. mit Pension der Abjektiv verliehen.

Stabtheater. Die Direction wird von jetzt ab jeden Mittwoch 3 1/2 Uhr Nachmittags Extravortrstellungen für Schüler veranstalten, in welchen die Dramen der Klassiker zur Darfstellung gebracht werden sollen. Die Vorstellungen umfassen einen Lessing-, einen Göthe- und einen Schilleract, und zwar wird nächsten Mittwoch Lessings „Minna von Barnhelm“ gegeben werden.

Wahlerversammlung der Centrumpartei. Die gestern Abend hier abgehaltene Versammlung dieser Partei wurde von Herrn Buchdruckereibesitzer Böning mit einem Hoch auf den Kaiser und den Papst er- öffnet. Hierauf wies Herr Pfarrer Schärmer darauf hin, daß die Wahlen unter ungewöhnlichen Umständen stattfänden. Nach dem Tode seines Großvaters und Vaters habe Kaiser Wilhelm II. den Thron bestiegen und in seiner Proclamation erklärt, daß er die religiösen Bekenntnisse aller seiner Unterthanen achten wolle. Das Centrum müsse gegen die Unversöhnlichkeit einer Partei protestiren, welche versuche, den Kaiser in das Parteigetriebe zu ziehen, um den confessionellen Friebe zu stören. Bei dem erbärmlichen Wahlsystem könne das Centrum hier keinen Einfluß auf die Wahlen ausüben, doch habe man sich entschlossen, die Hände nicht in den Schoß zu legen. Die Landtags- wahlen betrachte er als eine Exercier-Übung, um sich auf die Schlacht der Reichstagswahlen vorzu- bereiten. Sei es auch nicht möglich einen Ab- geordneten zu wählen, so sei es doch notwendig, daß die katholischen Wähler ihren Willen öffentlich kund geben, denn je mehr Centristenstimmen im Lande ab- gegeben worden seien, desto mehr werde das Ansehen und der Einfluß der Centrumpartei im Landtage ge- stärkt. Herr Weinländer Fuchs hob hervor, daß die wichtigste Frage, welche den Landtag beschäftigen werde, die Sozialfrage sei. Ein von Windhorst in der vergangenen Session gestellter Antrag sei von allen Seiten angefeindet worden. Von den Liberalen sei das selbstverständlich; den Widerstand der Conservativen könne er aber nicht verstehen. Es sei die Pflicht der Wähler der Centrumpartei, durch ihre Abstimmung für die confessionelle Schule einzutreten. Auf die Frage, wie sich das Centrum bei den Wahlen zu ver- halten habe, wurde auf den Vorschlag des Herrn Pfarrer Schärmer der Beschluß gefaßt, welchen wir schon in unserer Morgen-Nummer mitgetheilt haben.

Schiedsgericht. Unter dem Vorstehe des Herrn Regierungs-Assessor Adler fand heute Vormittag eine Sitzung des Schiedsgerichts der Section I. der nord- deutschen Holzberufsgenossenschaft statt, bei welchem die Genossenschaft durch ihren Vorstehen Herrn Adolf Claassen vertreten war. Der erste Fall betraf den Arbeiter Martin Becker aus Wehnershof, welcher sich am 1. März 1886 beim Stapeln von Rundhölzern einen complicirten Bruch des linken Beines zugezogen hatte. Die Genossenschaft zahlte die Kosten seiner Heilung und gewährte ihm bis zum 1. August 1888 die Vollrente. Da jedoch Becker wiederholt bei Holzbleistählen be- troffen wurde und nach Aussage von Zeugen sich ganz gut ohne Stock und Ärtche bewegen konnte, wurde seine nochmalige ärztliche Untersuchung veranlaßt. Hier- bei wurde festgestellt, daß der angeblich unbrauchbare Fuß häufig gebraucht worden war, da er an der Ferse tiefsen Druckschmerzen auswies, wie der gesunde Fuß, worauf die Genossenschaft die Rente auf 50 Proc. herab- setzte. Hiergegen hatte Becker Berufung eingelegt, welche jedoch von dem Schiedsgericht zurückgewiesen wurde.

Der zweite Fall war insofern von allgemeinerem Interesse, als derselbe eine bedauerliche Lücke in der Unfallversicherungsgegebung nachwies. Der Tischler- lehrer Bittner erlitt im Betriebe des Tischlermeisters Sommer in Dornau einen Unfall, in Folge dessen ihm der linke Arm amputirt werden mußte. Laut der amtlichen Untersuchung ereignete sich der Unfall beim Trafen von Tischfüßen, also einer reinen Möbel- tischlerarbeit. Nach den Entschieden des Reichs- versicherungsamtes sind aber die Arbeiter in der Möbelindustrie nicht versicherungspflichtig resp. ent- schädigungsberechtigt, wenn nicht entweder die Möbel- tischlerei fabrikmäßig, d. h. mit Verwendung von Motoren oder mehr als 10 Arbeitern durchzuführen, oder als Nebenbetrieb versicherungspflichtiger Bau- tischlerei betrieben wird. Laut eingehender amtlicher Erhebung trifft aber bei dem Betriebe des Herrn Sommer keiner von beiden Fällen zu, und es mußte somit die Genossenschaft zu ihrem Bebauern jede Ent- schädigungsverpflichtung ablehnen, da das Reichs- versicherungsamt auf ihre gegenwärtige motivirte Vor- stellung noch im August d. J. erklärt hatte, sich nach Maßgabe der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht in der Lage zu sehen, von seinem Standpunkt abzugeben. Das Schiedsgericht beschloß nach nähere Auskunft darüber einzuholen, ob in dem Betriebe des Tischlermeisters Sommer mehr als 10 Arbeiter beschäftigt seien und ob sein Betrieb ein fabrikmäßiger sei.

Der dritte Fall betraf den Arbeiter Hermann Prochnow zu Bromberg, dem beim Bretterbesämen an der Kreis- säge der 2. und 4. Finger verletzt wurde, so daß dieselben zuletzt amputirt werden mußten. Nach beendeter Heilungsprozeß wurde ihm auf ein Attest des Kreisphysikus, welches seine Erwerbsfähigkeit um fast die Hälfte vermindert erklärte, von der Genossen- schaft eine Rente von 50 Proc. bewilligt, womit der

